

04.07.2018

Einzigartiges Netzwerktreffen für geflüchtete LSBTI-Aktivist*innen LSVD-Projekt „Queer Refugees Deutschland“ bietet Workshops und Vernetzung

Am 30. Juni 2018 trafen sich in Bremen geflüchtete lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche (LSBTI) Aktivist*innen zum nunmehr dritten Mal, um gemeinsam ein in Deutschland einmaliges Netzwerk zu initiieren. Im mehreren Workshops diskutierten und berieten sie sich jeweils ganztägig zu den Themen „Ermächtigung“, „Voneinander lernen“ und „Diskriminierung und Anfeindung“.

Dabei wurden bislang vor allem Probleme während des Asylverfahrens, die Sicherheit in den Unterkünften, Fragen zur Verteilung und Zuweisung von LSBTI-Geflüchteten sowie die geplanten AnKER-Zentren angesprochen.

Ziel des Workshops in Bremen war es, Organisationen und Stellen zu identifizieren, die in Deutschland Hilfe leisten, wenn Menschen in der Arbeitswelt und zu Hause diskriminiert werden oder wenn sie aufgrund ihrer Sexualität und Geschlechtsidentität Anfeindungen im Alltag erleben. Alle drei Workshops wurden von Lilith Raza durchgeführt. Sie ist im Rahmen des bundesweiten **LSVD-Projektes „Queer Refugees Deutschland“** [<http://www.queer-refugees.de/>] für den Bereich Empowerment zuständig. Sie selbst ist Trans-Frau mit Migrationshintergrund und kennt die Probleme der LSBTI-Geflüchteten sehr gut.

Viele der aus allen Bundesländern angereisten Teilnehmenden haben bereits in ihren Heimatländern für die Menschenrechte von LSBTI gekämpft. Andere begannen ihren Aktivismus in Deutschland, um die Lage von LSBTI-Geflüchteten in Unterkünften und während des Asylverfahrens zu verbessern. Die Aktivist*innen empfanden den Austausch als große Bereicherung für ihre Multiplikator*innen-Arbeit vor Ort.

Das erste Vernetzungstreffen hatte am 16. und 17. Dezember 2017 in Köln stattgefunden, das zweite Vernetzungstreffen am 03. März in Mainz in Kooperation mit „Rainbow Refugees Mainz“. Die Zahl der Teilnehmenden ist bisher kontinuierlich gestiegen. Beim ersten Workshop waren 13 Teilnehmenden aus sieben Herkunftsländern und sechs Bundesländern angereist. Beim zweiten Workshop waren bereits 15 Teilnehmenden aus neun Herkunftsländern und acht Bundesländern gekommen. Jetzt in Bremen waren 15 Teilnehmende aus zehn Herkunftsländern und neun Bundesländern dabei. Die Treffen bieten geflüchteten LSBTI eine eigene politische Stimme und schaffen Sichtbarkeit. Zwei weitere Treffen sind für Sommer und Herbst 2018 geplant.

Hintergrund

Wer flieht, hat dafür gute Gründe. Dies gilt in hohem Maße für LSBTI, die in ihren Herkunftsländern Verfolgung und Gewalt seitens des Staates, der Familie oder der Gesellschaft erfahren mussten. In über 70 Staaten der Erde droht LSBTI Gefahr für Freiheit, Leib und Leben. In Deutschland angekommen, ist für viele LSBTI die Flucht noch nicht vorbei. Zu der existentiellen Unsicherheit, die mit den oft langwierigen und schwierigen Asylverfahren verbunden ist, kommen Erfahrungen von Rassismus, aber auch von LSBTI-Feindlichkeit hinzu. Besonders in

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



Flüchtlingsunterkünften scheinen Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen von LSBTI eher die Regel als die Ausnahme zu sein.

Ansprechpersonen für das LSVD-Projekt „Queer Refugees Deutschland“ sind:

Lilith Raza (queer-refugees@lsvd.de [mailto:queer-refugees@lsvd.de]) telefonisch erreichbar unter 0221-92 59 61 17

Patrick Dörr (queer-refugees@lsvd.de [mailto:queer-refugees@lsvd.de]) telefonisch erreichbar unter 0221-92 59 61 20

www.queer-refugees.de [http://www.queer-refugees.de]

Das LSVD-Projekt "Queer Refugees Deutschland" wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Der LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.